

b+k Berichte und Kommentare

2/2025

- 60 Jahre Frauenordination
- Follow Jesus – auf Podcast
- USA: Widerstand gegen Trump
- Brauchen wir noch Pazifisten?
- Gott in der Natur?
- Antisemitismus – was ist das?
- Kopftuchverbot?
- Palästinensische Pietà

**Arbeitskreis
Evangelische
Erneuerung**



- 3 Editorial
- 4 Nach 50 Jahren — endlich im Pfarramt angekommen /
Interview mit Barbara Dietzfelbinger
- 7 Die Hufeisentheorie: Links und rechts genauso schlimm? /
Hans-Gerhard Koch
- 8 Follow Jesus – aber bitte bibeltreu / Martin Fritz
- 12 Lutherischer Widerstand gegen Trump /
Interview mit Amy Reumann, Washington
- 16 In die USA und zurück / Johannes Herold /
- 17 Wenn das Opfer zum Täter gemacht wird / Elke Zimmermann
- 19 Zeitenwende: Von Pazifismus zu Kriegstüchtigkeit? /
Erwin Schelbert
- 22 Kirchenimmobilien: Gute Idee, die als Erpressung daherkommt /
Johannes Herold
- 23 Apokalypse im Wetterbericht – Berlin schweigt / Lutz Taubert
- 24 Ich finde meinen Gott auf dem Berggipfel / Gerhard Monninger
- 27 Islamismus: Wie die Gesellschaft und die Kirchen mit dem Thema
umgehen sollten / Helmut Frank
- 30 Die richtige Definition von Antisemitismus / Johannes Herold
- 31 Palästinensische Pietà: Eine Performance zur Passion vor St. Lorenz
in Nürnberg / Thomas Amberg
- 34 Babystreik – Warum ich trotzdem Kinder habe / N.N.
- 36 Ein Feiertag für den Wirtschaftsaufschwung – und welchen
hätten Sie denn gern? / Hans-Gerhard Koch
- 38 AEE intern
- Mitgliederversammlung und Studientag am 10. Oktober 2025
 - Aus den Regionalgruppen
 - Namen und Adressen
- 40 Das Letzte

Liebe Leserin,
lieber Leser!

Wenn in einem Zimmer meines Wohnhauses ein Feuer ausbricht, kann ich nicht so tun, als würde mich das nichts angehen. Unsere Welt hat viele Zimmer. Und in einigen brennt und kokelt es derzeit. Als Konsequenz startet ein weltweites Aufrüsten. Deutschland soll kriegstauglich werden, der CDU-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn hat letzstens tatsächlich eine deutsche Atombombe gefordert. Das ist, als ob wir in unseren eigenen Zimmern Brandsätze legen würden, statt Feuerlöscher anzubringen.

Im aktuellen b+k schauen wir deshalb auch dieses Mal wieder in die Welt. Den Friedensaktivisten Erwin Schelbert beschäftigt die Frage, ob der Weg in Richtung Kriegstüchtigkeit wirklich der richtige sein kann. Amy Reumann, Pfarrerin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Washington mit direktem Draht in den US-Kongress und in die US-Regierung, berichtet, wie sie die Regierung Trump erlebt. Pfarrer Dr. Thomas Amberg von „Die Brücke“ erklärt, warum er als „palästinensische Pietà“ vor der Lorenzkirche in Nürnberg saß und was er damit bezwecken wollte.

Aber natürlich verlieren wir auch nicht



die bayerischen, innerkirchlichen Themen aus dem Blick, wie etwa die aktuelle Gebäudebedarfsplanung, die insgesamt gut gedacht, aber für Gemeinden fast nicht umsetzbar ist.

Wie auch immer Sie Ihren Sommer verbringen – schreiben Sie schon mal den 10. Oktober in den Kalender. Da findet der aee-Studentag im Haus Eckstein in Nürnberg statt. Wir freuen uns, Sie dort zu sehen.

*Ihre und Eure
Elke Zimmermann
Leitendes Team im aee
und Landessynodale aus München*

Kirche.Feiert.Frauen

Nach 50 Jahren — endlich angekommen

Der lange Weg zur Frauenordination in der ELKB

Interview mit Barbara Dietzfelbinger

Seit dem 8. März 2025 bis zum 1. März 2026 soll unter dem Motto „Kirche. Feiert.Frauen“ daran gedacht werden, dass seit 50 Jahren endlich auch Frauen als Pfarrerinnen in der bayerischen Landeskirche ordiniert werden.

Es war ein langer Weg dahin. Wie haben Sie diesen Weg erlebt?

Berlin oder München, uniert oder lutherisch — der Weg ins Pfarramt war für Theologinnen in EKD und VELKD steinig. Im Folgenden biete ich eine kleine Sammlung von persönlichen Erfahrungen in der Berlin-Brandenburgischen und in der bayerischen Landeskirche, bei deren Erzählung doch noch einmal Empörung aufflammt.

Meine erste Pfarrkonferenz (1960) als Lehrvikarin in einem Ostberliner Kirchenkreis begann damit, dass der Superintendent mich beiseite nahm und mir den Küchendienst übertrug. Das sei immer so. Meine Vorgängerin hatte mich bereits darüber instruiert. Ich lachte, ich lachte, weil ich ihr nicht geglaubt hatte. Ich war vom Jesuswort ausgegangen, „bei euch soll es nicht so sein“. Wütend geweint habe ich dreißig Jahre später in

einem Kapitelseminar der ELKB: Ein guter (Frauen)Freund hatte die Leitung des Abschlussgottesdienstes übernommen. Und mich für die Abendmahlsliturgie eingeteilt. Am Abend vorher bat mich die Ehefrau im Auftrag ihres Mannes, davon abzusehen. Unter den Teilnehmenden sei ein strikter Gegner der Frauenordination, der sich von der Gemeinschaft ausgeschlossen fühlen würde. Und ich?

Mein besorgter Vater, Berliner Pfarrer, hatte seine Tochter bei der Wahl des Theologiestudiums (1955) gefragt, ob sie sich DAS antun wolle. Sie werde wohl zölibatär leben müssen. Für eine allein-stehende Frau gab es Epitheta wie Blaustrumpf, verklemmt oder übriggeblieben etc.

OKR i. R. Gudrun Diestel (1929-2024) erzählte, ihr sei in Tübingen vom Theologiestudium mit der Warnung abgeraten worden, dass „die ja alle einen Nervenzusammenbruch erleiden würden“.*

Kritische Kommentare der Mitstudenten (sic) begleiteten auch in Berlin (Kirchliche Hochschule Zehlendorf) die wenigen

*Diestel, Telefonat, 2010.

Frauen. Verborg sich da Angst vor Konkurrenz, als im homiletischen Seminar gefragt wurde, ob der Anblick einer Frau auf der Kanzel nicht vom „Eigentlichen“ ablenke?

1961 heiratete ich Vikar Wolfgang Dietzfelbinger und zog nach Augsburg mit dem Ersten Theologischen Examen und dem Vikariat in der Tasche. „Verkämpfe dich dort nicht“, hatte mir eine Berliner Kollegin mit auf den Weg gegeben. In der

dination, Sie sind doch Mutter!

Der Kampf um die Frauenordination war eine Art Hürdenlauf. Es gab Widerstände aus verschiedenen Ecken, aber es gab auch Unterstützer. Wo haben Sie Widerstände und Vorurteile, wo Unterstützung und Ermutigung erlebt?

Die anhaltende Diskussion mit Landesbischof Dietzfelbinger, meinem Schwiegervater, um einen Ort für die theologisch gebildete Frau in der bayerischen Lan-



Ingeborg Geisendorfer (1907-2006)



Lieselotte Nold (1912-1978)



Gudrun Diestel (1929-2024)

Tat, der Tipp war gut, manche bayerischen Kolleginnen waren drauf und dran, ihre Landeskirche zu verlassen. Ich hing als verheiratete nicht bayerische Theologin, ohne Anstellungsprüfung, in der Luft. Erst zwölf Jahre (1973) später, inzwischen waren die fünf Kinder geboren, bot sich die Gelegenheit, die Prüfung als Gast nachzuholen, ohne Anspruch auf eine Anstellung in der ELKB. Warum tun Sie sich das an?, fragte der prüfende Oberkirchenrat im Predigtenachgespräch, selbst ein bekennender Gegner der Frauenor-

deskirche führte ich privat, nicht öffentlich. Augsburger Pfarrfrauen luden mich ein, den Weltgebetstag 1962 mit ihnen zu feiern. Hermann Dietzfelbinger war beruhigt, dass ich nicht auf der Kanzel gestanden war und meine Rede nur zwölf Minuten gedauert hatte, also keine Predigt gewesen sei, unerlaubt für eine Frau. Ich konnte mich in dieses Denken nicht hineinversetzen.

Unbefangen informierte mich die Leiterin des Bayerischen Mütterdienstes Lieselotte Nold (1912-1978) über die Vor-

gänge in der Landessynode. Anfang der Sechzigerjahre war von ihr und Ingeborg Geisendorfer (1907-2006) eine öffentliche Diskussion über die ungerechte Bezahlung der Vikarinnen angestoßen worden. Männer hätten nicht mit derben Sprüchen gespart wie „Viehverrecken, großer Schrecken; Weibersterben, kein Verderben! Predigthalten und Suppenkochen, das geht nicht zusammen.“ Sie sollten Diakonissen werden, hieß es herausfordernd.

Voten und Anekdoten kursierten in einer solidarischen kirchlichen Frauenszene. Wir fingen gerade selbst an, zu verstehen, an welchen patriarchalen Strukturen wir uns rieben. Dankbar erinnere ich mich an Hertha Atzkern, Mitglied des LSA (1926-2017), leidenschaftliche Kämpferin für die Anerkennung der Frauen in der Kirche, und meinen Freund Dekan Karl Gotthelf Pfannschmidt (1928-1997), der mich auf seine Kanzel ließ.

Nun hat — vielleicht als letzter Schritt auf dem langen Weg — die Landessynode beschlossen, dass 40 bis 60 Prozent der kirchlichen Leitungsämter mit Frauen besetzt werden müssen. Nachdem wir spätestens bis 2040 die Parität bei den Pfarrpersonen erreicht haben werden, aber noch lange nicht bei den Leitungsämtern, bedeutet das, dass bis auf Weiteres Leitungsämter ausschließlich mit Frauen besetzt werden könnten. War es das, was Sie sich bei Ihrem langen Kampf vorgenommen hatten?



Barbara
Dietzfelbinger

40 bis 60 Prozent kirchlicher Leitungsämter in Frauenhand... Ängstigt die Vorstellung? „Feminisierung des Pfarrstandes“ wird als Menetekel verstanden. Ich spüre dahinter die alte überhebliche Einstellung gegenüber den Frauen, jedenfalls kein Vertrauen.

Die Abgabe von Macht wird noch dauern. Deshalb ist die Quotenregelung so lange eine gute Praxis, bis sie nicht mehr eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit sein muss. 50 Jahre Frauenordination in der Bayerischen Landeskirche sind ja eingebunden in einen ebenso langen Veränderungsprozess der Landeskirche selbst, an dem die Frauen mitgewirkt haben. Eine numerische Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse ist nicht meine Vorstellung, eher eine bewusste gemeinsame Ausrichtung an der vielfältigen Expertise von Frauen und Männern, um segensreich im Team miteinander wirken zu können. Alte Verhaltensmuster werden zur Zeit neu belebt. Aber der Weg bleibt das Ziel. Das Wichtigste, was wir lernen müssen, ist, mit Kränkungen umzugehen. (Gudrun Diestel)

Die Fragen stellte Hans-Gerhard Koch

Barbara Dietzfelbinger geb. Rettig, Jahrgang 1935, verheiratet mit Pfarrer Wolfgang Dietzfelbinger, fünf Kinder; Theologiestudium in Berlin und Heidelberg; Referentin im Fachbereich Gemeindebezogene Frauenarbeit beim Bayerischer Mütterdienst Stein bei Nürnberg; Dozentin am Missionskolleg Neuen-dettelsau; Pfarrerin an der Deutschen Gemeinde TeneriffaNord; publizierte Arbeiten zur Kirchengeschichte Bayerns.

Links und rechts genauso schlimm?

Die Hufeisentheorie

Von Hans-Gerhard Koch

Eine schon recht angegraute Theorie findet immer noch Anhänger. Kaum hatte der Bundestag mit den Stimmen der Linken und Grünen (ohne die wäre es nicht gegangen) die „Schuldenbremse“ abgeschafft, musste der CSU-Fraktionsvorsitzende Hoffmann schon wieder betonen, dass Linke und AfD gleichermaßen extremistisch und gefährlich seien. Die Linke hatte ja ihre Schuldigkeit getan und die neue Regierung in den Sattel gehoben.

Die „Hufeisentheorie“ ist grob gesagt eine Extremismustheorie, in der alle politischen Meinungen auf einem Hufeisen platziert werden können: In der Mitte halten sich die Parteien, Gruppen und Personen auf, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen. Von dort geht es nach links und rechts bis in die extremistischen Spitzen des Hufeisens. Dort, so die Theorie, sind sich links- und rechts-extremistische Gruppen näher als den Parteien der Mitte. Kurz gesagt: AfD und Linke sind beide gleich schlimm und



sich insgeheim einig. Diese Sichtweise ist nicht neu. Bereits in der Weimarer Republik wurde sie vertreten: Kommunisten und Nazis seien gleich schlimm und gemeinsam der Untergang Deutschlands. Es zeigte sich dann, wer wirklich Deutschland in Krieg und Holocaust trieb und wer im Gegensatz dazu im Widerstand das Leben riskierte oder es im KZ verlor.

Vielleicht war das aus dem damaligen zeitgeschichtlichen Hintergrund des menschenverachtenden Stalinismus in der Sowjetunion noch ein bisschen einleuchtender als heute. Aber heute, im Ernst?

Die Linke war jahrelang in Thüringen die führende Regierungspartei. Ihr Ministerpräsident Bodo Ramelow ist bekennender Christ und bis heute weit über seine Partei hinaus hoch angesehen. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Linke heute noch an der Regierung beteiligt, in Berlin, Brandenburg und Bremen war sie es zeitweise auch. Nie hat dort jemand behaupten und gar belegen können, dass

die Linke dort eine „extremistische“ oder „demokratiefeindliche“ Politik betrieben hätte. Nur Herr Hoffmann von der CSU tut das unverdrossen, der allerdings Beweise ebenfalls schuldig bleibt. Ich meine:

Man kann die politischen Ansichten der Linken gut finden oder kritisieren, je nach dem eigenen politischen Standort. Man kann ihre Argumente akzeptieren oder ablehnen. Das ist Demokratie.

Das meiste dagegen, was die AfD in den „sozialen“ Medien absondert, ist schlicht indiskutabel und geprägt von

einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Sie benutzt die Möglichkeiten der Demokratie, um sie abzuschießen.

Da eine irgendwie geartete Nähe zur Linken zu diagnostizieren, wie es die CSU immer noch versucht, zeigt von einer ziemlich schiefen Optik.

Ich war mal in meiner Jugend Lehrling in einer Schmiede. Ein so total schiefes „Hufeisen“ hätte mein Lehrmeister mir nicht durchgehen lassen. Es wäre gleich im Schrott gelandet. Da gehört die „Hufeisentheorie“ auch hin.

Follow Jesus –

aber bitte bibeltreu

Von Martin Fritz

Highholder & Neubauer, zwei Christfluencerinnen, predigen Evangelikalismus im Plauderton und zeigen damit, wie eng ihr Glaube gefasst ist. Damit polarisieren sie und vertiefen den Graben zwischen biblizistischem und „liberalem“ Christentum. Unser Autor PD Dr. theol. Martin Fritz ist Wissenschaftlicher Referent an der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin.

Im März 2024 haben zwei der bekanntesten deutschen „Christfluencerinnen“ einen Podcast gestartet und damit auf Anhieb die deutschen Podcast-Charts erobert. Jana Highholder und Jasmin Neubauer haben jeweils um die 75.000 Instagram-Follower und somit eine erhebliche Reichweite. In ihrem Podcast sprechen sie im Stil eines vertrauten Gesprächs unter Freundinnen über Freundschaft, Alltag und Glauben, aber auch über Trash-TV und Beziehungsfragen. Auch wenn die

Intimität zwischen den Frauen für die Hörer:innen inszeniert wird, dürfte sie dennoch nicht gänzlich unauthentisch sein. Daher bietet der Podcast interessante Einblicke in das religiöse „Innenleben“ zweier Frauen. Deren Glaube weist alle Kennzeichen dessen auf, was gemeinhin unter dem Begriff „evangelikal“ subsumiert wird.

Christozentrismus:

Zentral für diese Art von Glauben ist eine

intensive persönliche Beziehung zu Jesus Christus. Diese Beziehung hat *erstens* Züge einer engen Freundschaft oder gar Partnerschaft und prägt das ganze Leben durch und durch. Die Beziehungskommunikation findet vorwiegend im Gebet und bei der Bibellektüre statt, wo sich in inneren „Eindrücken“ Klarheit über

Jesu Antworten gewinnen lässt. Die Christusbeziehung ist *zweitens* auf den stellvertretenden Sühnetod fokussiert: Weil Jesus am Kreuz für meine Sünden gestorben ist, werde ich nach meinem Tod im göttlichen Gericht Gnade finden und in das himmlische Reich eingehen. Wer das nicht so für sich an-

nimmt, wird von Gott verdammt werden. Daraus ergibt sich *drittens* ein starker religiöser Exklusivismus: Jesus Christus ist der einzige Weg zum ewigen Leben. Wer nicht in dieser Weise an ihn glaubt, hat keine Chance auf Rettung.

Biblizismus:

Charakteristisch evangelikal ist am Schriftbezug von Jana und Jasmin *erstens* die Voraussetzung der absoluten Autorität

der gesamten Bibel als Wort Gottes – sie kann und darf nicht infrage gestellt werden. Diese Autorität beinhaltet *zweitens* den Anspruch, die Bibel habe Relevanz für alle wesentlichen Lebensfragen der Gegenwart. Sie kann und muss als autoritatives, im Wesentlichen klares Anleitungsbuch für die Lebensführung ge-

lesen werden.

Damit ist in der Bibelauslegung *drittens* jede historisch-kritische Problematisierung des geschichtlichen Abstands zwischen der Bibel und der Gegenwart sowie überhaupt jede „Anpassung“ der biblischen Wahrheit an das gegenwärtige Wahrheitsbewusstsein kategorisch ausgeschlossen: „Wir glauben, dass die Bibel zeitlos ist und dass sie

allgemein gültig ist für uns und unser Leben und uns Richtungsweisung gibt.“

Konversionismus:

Der evangelikale Glaube beruht *erstens* auf einem zeitlich-punktuell fixierbaren Erlebnis, in dem sich das Leben radikal verändert, „umkehrt“ (conversio). Diese „Bekehrung“ erfordert *zweitens* eine Entscheidung für ein Leben mit Jesus und ein willentliches Festhalten an dieser



Gut, dass es jemand im Bild festgehalten hat:
Jesus geht auf dem Wasser. © pixabay

Entscheidung, gegen alle Anfechtungen. Und sie erfordert *drittens* eine nachhaltige Veränderung des Lebens, die „Heiligung“. Das neue Leben in Christus ist reingewaschen von aller Sünde und muss möglichst rein von Sünde bleiben, nicht zuletzt auf dem Feld der Sexualität. Dafür sind zwei Grundsätze leitend: Homosexualität und Sex außerhalb der Ehe sind Sünde.

Evangelisierungsaktivismus:

Typisch evangelikal ist der gesteigerte Drang, andere Menschen für einen unterschiedenen Glauben zu gewinnen: „Wir haben voll den Auftrag und Gott nutzt uns unglaublich doll, auf dieser Welt Menschen zu Jüngern zu machen, [sie] wirklich in die radikale Nachfolge zu ziehen.“

Dualismus:

Das evangelikale Christentum von Jana und Jasmin steht in radikaler Opposition zu seiner kulturellen Umwelt und zum modernen „Zeitgeist“. Das beinhaltet die entschiedene Absage an ein „liberales“ oder „progressives“ Christentum, das sie vornehmlich in den Landeskirchen erblicken, die sich nach ihrer Einschätzung ganz dem „Zeitgeist“ angepasst haben. Auch altkirchlich apokalyptische Motive wie der Kampf zwischen Christus und Satan spielen dabei eine wichtige Rolle: Die wahrhaft Gläubigen sehen sich im endzeitlichen Kampf gegen die gottlose, satanische Welt, zu der auch die Kirchen gezählt werden.

Hinsichtlich der genannten Merkmale ist der Glaube von Jana und Jasmin „typisch

evangelikal“. Ihre Aussagen sind aber nicht allesamt repräsentativ für „den“ Evangelikalismus. Dazu ist das evangelikale Spektrum viel zu divers.

Respekt und Kritik

Bei allem Respekt für andere Auffassungen des evangelischen Glaubens ist auch sachliche Kritik an den Positionen von Jana und Jasmin geboten:

Moralische Exklusion:

Indem sie gelebte Homosexualität aufgrund gewisser Bibelstellen als Verstoß gegen Gottes Ordnung bewerten, disqualifizieren Jana und Jasmin eine große Gruppe von Menschen mit ihren psychophysischen Anlagen. Diesen moralischen Makel wird ihr biblizistisches Christentum nicht los, auch wenn sie noch so sehr die Liebe Gottes betonen, die für alle gilt. Damit aber bringen Jana und Jasmin das Christentum insgesamt in Misskredit.

Religiöse Exklusion:

Die schärfsten Aussagen im Podcast richten sich gegen liberale Protestanten, die in ihrer Toleranz gegenüber allem und jedem die Bibel nicht ernst nehmen. Sie werden als Gottlose und Christenfeinde deklariert, die im Gericht verloren gehen werden. Diese Anmaßung, das göttliche Urteil zu kennen, verrät ein Höchstmaß an „geistlichem Stolz“, der im Podcast selbst als religiöses Laster gekennzeichnet wird. Und sie missachtet die Transzendenz und Souveränität Gottes.

Hermeneutische Selektion:

Postuliert wird die unmittelbare Klarheit der Bibel und ihrer Weisungen für das Leben. Dabei werden die eigenen hermeneutischen Operationen verschleiert, die diese (Schein-)Klarheit erst herstellen. Warum sollen heute die biblischen Verbote von Homosexualität gelten, nicht aber die Verbote des Verzehrs von Schweinefleisch? Und warum wird andauernd die Sexualität problematisiert, nicht aber zum Beispiel der Reichtum? Janas und Jasmins Biblizismus erweist sich als hochgradig selektiv.

Theologische Selbstimmunisierung:

Prinzipiell fragwürdig am biblizistischen Christentum von Jana und Jasmin ist die darin geforderte Verleugnung der Vernunft: Man muss sich für die Autorität der Bibel entscheiden und gegen den Verstand und seine Anfragen. Damit wird der Glaube mit dem Makel der Unwahrhaftigkeit belastet. Und der gläubige Mensch wird in einen permanenten Zwiespalt zwischen Glaubenswelt und Alltagswelt getrieben, zwischen denen er ständig hin und her switchen muss – ein ungesundes Doppelleben.

Fazit: Fremdheit und Toleranz

Jana und Jasmin markieren eine denkbar große Fremdheit zwischen dem „fundamental-evangelikalen“ und dem „liberalen“, aufgeklärten Christentum: „Also wenn wir von Gott sprechen und von unserem Glauben an Gott, wenn wir davon sprechen, dass wir Christen sind,

dann meinen wir was völlig anderes.“ Wiederholt fordern die Christfluencerinnen daher, die „Liberalen“ sollten doch besser auf den Begriff des Christentums verzichten.

In der Tat, auch aus „liberaler“ Perspektive sind die Differenzen beträchtlich. Der Graben zwischen biblizistischem und „liberalem“ Christentum ist tief, die wechselseitige Fremdheit groß. Wie dennoch miteinander umgehen? Natürlich möglichst mit Respekt und Toleranz, trotz allen Befremdens und aller Kritik. Gefragt ist allerdings eine Toleranz mit asymmetrischen Voraussetzungen: Während die einen sich dabei auf das gemeinsame Christsein berufen können, kommt für die anderen, die ihrem Gegenüber das Christsein absprechen, nur noch das gemeinsame Menschsein als „Toleranzboden“ infrage – und vielleicht, wenn es gut geht, ein Quäntchen Sympathie.

Der vorliegende Text ist eine vom Autor freigegebene, stark gekürzte Version eines Artikels in der „Zeitschrift für Religion und Weltanschauung“, in den Heften 1 und 2 des Jahrgangs 2025 (online: <https://tinyurl.com/379vs4yk> und <https://tinyurl.com/3abtw3p2>)

„Wir waren nicht vorbereitet“

Lutherischer Widerstand gegen Trump

Interview mit Amy Reumann, Washington

Amy Reumann (62) ist Pfarrerin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in den USA (ELCA), als solche Senior Director für Witness in Society in Washington. Sie leitet die bundespolitische Arbeit der Lutheraner im US-Kongress und in der US-Regierung, dazu ein Büro bei den Vereinten Nationen in Partnerschaft mit dem Lutherischen Weltbund und siebzehn bundesstaatliche politische Büros in den Hauptstädten der Bundesstaaten. Ihre Themen sind Hunger und Armut, wirtschaftliche Gerechtigkeit, Migration, Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und vieles andere mehr.

b+k: Liebe Amy, in Deutschland verfolgen wir seit der Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten gespannt und erschrocken, was in den USA passiert: Lügen, Missachtung der Menschenrechte und der Gerichte, Zerschlagung von Regierungsbehörden, ein neuer Imperialismus – unmöglich, alles aufzuzählen: Wir fragen uns: Wo bleibt der Widerstand, bei den Demokraten, in der Zivilgesellschaft, in den Kirchen? Wir haben in Deutschland nur die Stimme von Bischofin Budde mitgekriegt, sonst leider kaum etwas.

Amy Reumann: Ich traf Bischofin Budde letzte Woche zum ersten Mal. Ich habe es sehr bewundert, dass sie die erste (und vielleicht letzte) Gelegenheit ergriffen hat, direkt zu dem neuen Präsidenten und seinen Leuten nach der Inauguration zu sprechen. Sie hielt ihm ein Plädoyer zugunsten gefährdeter Gruppen einschließlich der Immigranten, der LGBTQ+-Leute und all derer, die verängstigt sind durch die neue Politik. Sie hatte die Chance genutzt, die Wahrheit zu sagen. Es hat durchaus Reaktionen und Wider-

stand von Teilen der Glaubensgemeinschaften und der Zivilgesellschaft gegeben, aber nichts von dieser Bedeutung und Reichweite. Die Prioritäten der Trump-Administration glaubten wir zu kennen. Aber die meisten (mich eingeschlossen) waren nicht vorbereitet auf die Geschwindigkeit und den Umfang der exekutiven Maßnahmen. Die Taktik „Flood the zone“ sollte jede Opposition überwältigen und eine sinnvolle Antwort lähmen. Der massive Schock der ersten Monate erzeugte Verzweiflung, Angst und Verwirrung darüber, was man machen soll.

Wir sind auf dem Capitol Hill täglich bemüht, Menschen in Armut vor massiven Einschnitten bei den Hilfsprogrammen zu schützen. Beim Wiederherstellen von USAID-Programmen haben wir einige Teilerfolge erzielt. Viele Bereiche der Gesellschaft sind aktiv dabei, auf Trump zu reagieren, Arbeiter, Veteranen-Organisationen, die Wirtschaft u. a. Zu hören, was andere tun, hilft uns, unsere spezielle Rolle als Kirche zu klären. Ich glaube, dazu gehört, solidarisch bei den Vulnerablen zu stehen, mit unseren moralischen Über-

zeugungen voranzugehen, Partei zu ergreifen bei Rechtsstreitigkeiten und unsere Mitglieder fit zu machen für koordinierte, gewaltfreie Aktionen.

In den USA besteht ja eine scharfe Trennung zwischen Staat und Kirche. Sind die Christen deshalb generell unpolitisch und wollen sich in den politischen Streit nicht einmischen?

Um diese Frage zu beantworten, brauchen wir eine kurze Geschichtsstunde! Der religiöse Pluralismus findet sich im ersten Zusatzartikel der US-Verfassung: *„Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einrichtung einer Religion betrifft oder die freie Ausübung derselben verbietet.“*

Die erste Klausel – „shall make no law respecting an establishment of religion“ – ist als „Establishment Clause“ bekannt. Sie bedeutet, dass die Regierung keine Staatskirche oder Religion gründen oder eine Kirche oder Religion gegenüber anderen unterstützen darf.

Die zweite Klausel – „darf kein Gesetz erlassen, das die freie Ausübung der Religion verbietet“ – ist als „Klausel über die freie Religionsausübung“ bekannt. Sie besagt, dass die Regierung dem Einzelnen nicht verbieten kann, seine Religion so auszuüben, wie er es für richtig hält – innerhalb bestimmter Grenzen. Gemeinsam schützen die Establishment Clause und die Free Exercise Clause Glaubensgemeinschaften vor staatlichen Eingriffen. Die Klausel über die freie Religionsausübung gewährt religiösen Organisationen einen bedeutenden Schutz bei öffentlichen Äußerungen oder sogar Protesten.

Leider hat Thomas Jefferson dies als „Mauer der Trennung von Kirche und Staat“ bezeichnet. Zu viele Menschen, auch religiöse, glauben fälschlicherweise, dass dies bedeutet, dass sich religiöse Überzeugungen und Politik nicht vermischen sollten, als ob eine Kombination beide verunreinigen würde. Diese Auffassung hält sich in Kirche und Gesellschaft hartnäckig und untergräbt das öffentliche christliche Zeugnis.

Die ELCA hat eine wunderbare Theologie zur Rolle der Kirche in der Gesellschaft und die Verpflichtung, sich aktiv für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen. Sie wird jedoch nicht als Teil der Glaubensausbildung gelehrt. Manches Thema wird aktiv vermieden, wenn es kontrovers sein könnte. Das Ergebnis ist, dass wir als Kirche in kritischen Momenten der Geschichte unseres Landes, wie z. B. in der Zeit der Bürgerrechte, oft geschwiegen haben. Ich hoffe, dass wir die Entschlossenheit und den Mut zeigen werden, die in diesem Moment gefordert sind.

Für die Zukunft unserer Demokratie und unserer Kirche steht gerade jetzt viel auf dem Spiel. Unsere Fähigkeit, uns jetzt zu Themen wie Bürgerrechte, Bewahrung der Demokratie, Rassen- und Geschlechtergerechtigkeit, Klima und Umwelt sowie Einwanderung zu äußern, wird über unsere Zukunft entscheiden.

Donald Trump sucht die Nähe zu evangelikalen Kreisen, er heuchelt, ein bibeltreuer Christ zu sein, und die Evangelikalen sehen in ihm den von Gott gesandten Retter. Wie ist das zu erklären?
Ich denke, dass für Präsident Trump seine

Beziehung zu evangelikalen Christen eine Vernunfttugend ist, die ihn zum Präsidenten gemacht und seine Macht gestärkt hat. Er hat – das gab es noch nie – ein Büro für Glaubensfragen im Weißen Haus eingerichtet! In seiner ersten Amtszeit hat er die oberste Priorität der evangelikalen Christen erfüllt, indem er Richter des Obersten Gerichtshofs ernannte, die *Roe v. Wade** aufhoben und damit das verfassungsmäßige Recht auf Abtreibung beseitigten. Sie übersehen bequemerweise seine vielen moralischen Verfehlungen, die normalerweise verurteilt würden, wie z. B. Verurteilungen wegen Verbrechen oder Vergewaltigung, weil er in der Lage ist, ihre politischen Prioritäten zu bedienen. Auch seine Haltung gegenüber dem Nahen Osten wird durch diese Beziehung beeinflusst.

Bei vielen Anhängern von Trump scheint sich das Christentum mit einem neuen Nationalismus zu mischen. Aber das passt überhaupt nicht zusammen. „Die Kinder Gottes“ bilden doch das Volk Gottes über alle Grenzen von Nationen und Kontinenten hinweg. Warum fasziniert die Idee von MAGA die Menschen so stark?

Als Trump zum ersten Mal gewählt wurde, dachte ich, dass wir einen Aufschwung des weißen christlichen Nationalismus erleben würden, dass dieser aber unweigerlich abnehmen würde. Ich war naiv. Trumps Anziehungskraft auf weiße Christen hat nur noch zugenommen. Er gaukelt ihnen vor, die USA seien eine christliche Nation

mit der Vision einer Wiederherstellung der kulturellen und politischen Macht.

Die ELCA hat den christlichen Nationalismus als Irrlehre bezeichnet, die darauf abzielt, „echte Amerikaner“ als weiß, christlich und US-gebürtig zu definieren. Das ist nicht nur unwahr, sondern auch unpatriotisch. Das, was uns verbindet, ist nicht die ethnische Zugehörigkeit, sondern die gemeinsame Teilnahme am staatsbürgerlichen Leben, die aus unserem kulturellen Erbe entspringt und für das Gemeinwohl arbeitet.

Gegenüber Migrant*innen betreibt Trump eine besonders rigide Politik. Das ist schwer erklärbar, nicht nur, weil ohne die billigen Arbeitskräfte aus Süd- und Mittelamerika die US-Wirtschaft Probleme bekommt, sondern generell, weil die amerikanische Nation als Ganzes das Ergebnis einer Massenmigration aus Europa ist. Spielt das keine Rolle mehr?

Trotz parteiübergreifender Unterstützung ist es dem Kongress jahrzehntelang nicht gelungen, eine Einwanderungsreform zu verabschieden, die den vielen Menschen ohne Papiere Wege zur Staatsbürgerschaft eröffnen würde. Trotz der unverzichtbaren Unterstützung, die Einwanderer für die Landwirtschaft, das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor leisten, fehlte der politische Wille, dies zu tun.

Die ELCA setzt sich seit vielen Jahren für eine Einwanderungsreform, eine gerechte Asylpolitik und einen Weg zur Staatsbürgerschaft für die Einwanderer in unserer Nachbarschaft ein. Wir dürfen nie vergessen, dass wir selbst Einwanderer sind. Die von dir erwähnten wirtschaftli-

*Im Fall *Roe v. Wade* 1973 wurde festgestellt, dass das Recht auf Privatsphäre auch das Recht einer Frau einschließt, sich für eine Abtreibung zu entscheiden.

chen Vorteile der Einwanderung sind real. Aber unsere Grundlage ist die Glaubensüberzeugung von der gottgegebenen Würde jedes Menschen. Die Regierung und ihre Anhänger haben eine „drohende Invasion“ von Einwanderern benutzt, um die extremen Maßnahmen zu rechtfertigen, die wir jetzt erleben: Einfrieren der Flüchtlingsaufnahme (mit Ausnahme von Afrikanern), Massenverhaftungen, unrechtmäßige Abschiebungen. Darüber hinaus wird eine entmenslichende Sprache verwendet, die Einwanderer als „Tiere“ oder „Terroristen“ bezeichnet, um die ständige Verletzung ihrer Rechte zu rechtfertigen. Dies führt dazu, dass nicht nur Einwanderer, sondern auch US-Bürger einem rassistischen Profiling unterzogen werden. Diese Handlungen verleugnen das Ebenbild Gottes in jedem Menschen, und die Kirche kann und muss sich gegen diese Angriffe wehren.

Die Kirche hat sich seit vielen Jahren auf vielfältige Weise zum Thema Einwanderung geäußert. Unser Bischof hat zusammen mit anderen religiösen Führern die Glaubensgemeinschaften darüber aufgeklärt, was auf dem Spiel steht, und hat sich direkt an den Kongress und die Regierung (Demokraten und Republikaner) gewandt.

Derzeit klagen Glaubensvertreter und Kirchen gegen den Aufnahmestopp für Flüchtlinge. Eine weitere Klage richtet sich gegen Trumps Durchführungsverordnung, die eine Durchsetzung der Einwanderungsbestimmungen in Schulen und

Gotteshäusern ermöglichen würde.

Das ELCA-Migrationsprogramm AMMPARO führt Workshops zum Thema „Kenne deine Rechte“ durch und stellt Ressourcen für Begegnungen mit der Polizei oder der Einwanderungsbehörde bereit. Wir verfügen über ein geschultes Netzwerk von Personen, die Einwanderer zu Gerichtsverhandlungen begleiten. Wir haben Gebetswachen abgehalten; einige Kirchen haben Einzelpersonen und Familien Zuflucht geboten. In Kürze starten wir eine Kampagne gegen menschenverachtende Äußerungen und ziehen unsere Politiker zur Verantwortung.

Der Angriff auf die Einwanderung ist eng mit den Zielen des weißen christlichen Nationalismus verbunden. Wir beobachten

aber, dass sich die öffentliche Meinung in den USA gegen die extreme Durchsetzung der Einwanderungsgesetze, gegen Massenverhaftungen und das Auseinanderreißen von Familien wendet. Wir haben auch gesehen, dass der Präsident einen Rückzieher gemacht und eventuell

Schutz für Menschen in der Landwirtschaft angeboten hat. Ich glaube, dass es für religiöse Führer immer noch die Möglichkeit gibt, Gespräche zu führen, rechtliche Anfechtungen vorzubringen und moralische Orientierung zu geben. Unsere Stärke ist, dass dies in Einheit mit christlichen, muslimischen und jüdischen Führern geschieht, die zusammenhalten.



Die Fragen stellte Gerhard Monninger

In die USA – und zurück?

Unser Autor besucht die USA – und stellt vor Ort fest: Hinter all dem Lärm von Fox News, MAGA-Kappen und Wahlkampfretorik gibt es auch ein anderes Amerika. Nicht jeder hier ist ein Trumpist, und nicht wenige demonstrieren: „No King!“

Es ist ja gerade auf vieles nur noch wenig Verlass. So kann man sich auch nicht sicher sein, dass man mit einer vorhandenen ESTA-Erklärung (Electronic System for Travel Authorization) in die USA einreisen darf. Womöglich wird das Smartphone untersucht und man hat sich zu kritisch gegenüber dem Präsidenten geäußert? Man muss heute kein Terrorist mehr sein, um ohne Prozess ins

Gefängnis zu kommen — das haben ein paar Einzelfälle gezeigt. Und so habe ich meinen Facebook-Account „aufgeräumt“ und bin trotzdem hingeflogen. Weil mein Bruder mit seiner Familie dort wohnt.

Die gute Nachricht: Es war alles ganz normal. Während heißer Tage in Los Angeles merkte man in New Jersey und New York gar nichts. Bei der Einreise werden wir von einem Beamten namens Rodriguez

überprüft, der noch scherzhaft fragt, ob unsere Gummibärchen auch ohne Haschzugabe sind. Als Familie kommen wir noch schneller als unser Gepäck aus der Ankunftshalle heraus.

New York, Times Square: Der normale Wahnsinn an Touristen und Reklametafeln. Washington, National Mall: Vor dem Weißen Haus alles abgesperrt, von hinten kommt man bis auf wenige Meter heran. Auf dem Bürgersteig hat sich ein Schwarzer häuslich eingerichtet, der hier schon seit Wochen gegen Trump und seine Eskapaden protestiert: Es sieht nicht so aus, als hätte er große Angst um sein Leben.

Und dann ist da in Montclair, New Jersey an einem Samstagvormittag eine Demo. In dem kleinen 30.000-Einwohner-Städtchen sind viele Menschen zu-



sammengekommen, trotzten dem starken Regen mit guter Laune und bissigen Plakaten. Das Motto der Demo: No King! Die Bilder und Sprüche auf den Plakaten zeigen, dass diese Menschen hier vor gar nichts Angst haben. Sie haben meinen vollen Respekt und ich bin froh, dass ich trotzdem hergefliegen bin. Denn die USA, das sind ja nicht nur die Trumpisten und Tech-Milliardäre – das sind auch rund 72 Millionen Menschen, die für Kamala Harris gestimmt haben, die ihre Demokratie hochschätzen und bewahren wollen. Richtig klar wurde das dann bei einer

Führung im Capitol, dem Sitz von Parlament und Senat. Wo die älteste Demokratie der Welt gegründet wurde, gegen Könige und Kaiser. Wo jedes Wort pathetisch die Verfassung der Gründerväter preist – und ich plötzlich in jedem Lob der amerikanischen Demokratie beißende Kritik an Donald Trump höre. Die Weltlage zeigt, wie großartig diese Erfindung der Demokratie damals war – und wie furchtbar bedroht sie heute wieder ist. Nicht nur in den USA. Wir sollten von ihnen lernen, unsere Demokratie zu bewahren!
Johannes Herold

Wenn das Opfer zum Täter gemacht wird

Was Schuldumkehr bewirkt

Von Elke Zimmermann

Fassungslos schaute die Weltöffentlichkeit dabei zu, wie US-Präsident Trump und sein Stellvertreter J. D. Vance auf den ukrainischen Präsidenten Selenskij losgingen. Sie warfen ihm vor, sich nicht genügend zu bedanken, keinen Anzug zu tragen und nur Dollars zu wollen. Sie beschuldigten ihn, der eigentliche Aggressor zu sein im Krieg mit Russland. Die blanke Opferschelte. Opfer-Täter-Umkehr ist leider nichts Neues. Theodor W. Adorno beschrieb das Phänomen 1955 in „Schuld und Abwehr“. Bei einer Gruppenbefragung sollten sich die Teilnehmer:innen zu den Themen Schuld und Nationalsozialismus, Schuld

am Krieg und Schuld am Holocaust äußern. Besonders zum Thema Holocaust kamen Antworten wie: „Das jüdische Volk ist auch vielleicht gerade durch die Art seiner Geschäfte selbst schuld, dass es von den einzelnen Völkerschaften gehasst wird.“ Damit werden die Opfer zu Tätern. Dass die Täter immer die Möglichkeit gehabt hätten, anders zu reagieren, wird hier nicht in Betracht gezogen – es wird entschuldigt. Fälle von Schuldumkehr gibt es genügend. Auch heute noch: Hätte die junge Frau keinen Minirock getragen, wäre sie nicht vergewaltigt worden. Hätte er sich nicht so seltsam verhalten, wäre er nicht

gemobbt worden.

Natascha Kampusch wurde als Kind entführt und acht Jahre als Sklavin von einem Mann in seinem Keller gefangengehalten, bevor ihr die Flucht gelang. Statt sie zu feiern, wurde sie selbst zum Opfer von Vorwürfen und Verdächtigungen.

Sie gilt heute als eines der ersten - Hate-Opfer in den sozialen Medien. Das alles, weil sie angeblich zu stark,

zu kühl oder gar arrogant wirkte. Damit werden die Täter entlastet, ein großer Teil der Schuld auf die Opfer zurückgeworfen, die damit noch weiter geschädigt werden.

Die Psychologie kennt auch speziell Fälle, in denen Menschen mit narzisstischen Störungen sehr gerne auf diese Täter-Opfer-Umkehr zurückgreifen – schlicht, um andere kleinzuhalten und von ihnen abhängig zu machen.

Auch Anhänger der AfD sind Meister der Täter-Opfer-Umkehr. „In diesem Land darf man nichts mehr sagen“, um dann die größten Lügen und Unglaublichkeiten auszubreiten.

Aber was soll diese Schuldumkehr bewirken, wenn es um größere Zusammen-

Von Thomas Stillbauer

Man kann ja über Deutschland sagen, was man will, aber immerhin kann man in Deutschland sagen, was man will. Das war nicht immer so. Eine Zeit lang wurde aussortiert, wer in Deutschland sagte, was er wollte. Das sollte man denen, die sagen, man dürfe in Deutschland nicht mehr sagen, was man will und die gerne das Deutschland wiedererrichten wollen, in dem man nicht sagen durfte, was man wollte, sagen.

hänge geht? Soll Verständnis für den Täter geweckt werden? Generell ist es ja nicht schlecht, sich Gedanken über die Motive eines Verbrechens zu machen. Kennt man sie, dann ist es einfacher, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und sich zu wappnen.

Wenn aber die Sympathie zugunsten des Täters ausschlägt, geht das Verständnis zu weit. Dann wird das Verhältnis von Gut und Böse auf den

Kopf gestellt. Schlimmstenfalls kommen wir so weit, dass wir Gut und Böse nicht mehr unterscheiden können. Oder dass diejenigen, die diese Beschuldigungen nicht länger hinnehmen wollen, sich wehren und auch aggressiv werden. Dann könnten sich die Verquerer im Recht fühlen, was die Spirale der Gewalt weiter nach oben treiben würde. Natascha Kampusch hat für sich eine gute Antwort gefunden: „Es ist nicht mein Hass.“

Zeitenwende

Von Pazifismus zu Kriegstüchtigkeit?

Von Erwin Schelbert

Ein Konflikt darf, soll niemals mit Waffen, Gewalt, Krieg gelöst werden: Gilt diese pazifistische Überzeugung aus der Nachkriegszeit auch heute noch, da Aufrüstung, Abschreckung, militärische Stärke zum weltpolitischen Alltag gehören? Oder kann, darf oder muss sich eine pazifistische Haltung unter heutigen Bedingungen ändern? Hin zu einem „kriegstauglichen“ Pazifismus? Erwin Schelbert hat darauf eine eindeutige Antwort. Unser Autor ist seit Langem in der Friedensbewegung aktiv, war u. a. als wissenschaftlicher Beirat und Vorstand in der Studiengesellschaft für Friedensforschung tätig und ist heute engagiert in der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e. V.

Leben wir wirklich in der Zeitenwende, wie es der Artikel in b+k der AEE 1/2023 glauben machen möchte? Freilich reden alle davon, die Medien zitieren es tagtäglich, die Politik beruft sich, Finanzmittel fordernd, permanent darauf, jede gesellschaftliche Dynamik wird als Ausdruck der Zeitenwende interpretiert.

Wenden wir uns also permanent in allen Lebensbereichen von Energiewende, Klimawende, Verkehrswende, militärischer Strategiewende bis zur Wende unserer Moral und der Friedensethik?

Der Soziologe Harald Welzer meint, Wende bedeute, den fahrenden Zug erst mal abzubremsen und zum Stillstand zubringen, dann könne erst ein Richtungswechsel (Wende) erfolgen. Aber wir brausen doch in unserem Lebensstil munter weiter drauflos, pusten weiter kräftig CO₂ in die Atmosphäre und steigern kräftig unsere Militärbudgets.

Die bellezistische Orientierung der Politik ist nicht durch eine Wende gekennzeichnet, sondern durch Konsequenz

und Kontinuität. Eine wirklich substanzielle Abrüstung geschah durch den INF-Vertrag unter Gorbatschow-Reagan 1987, was zur drastischen Reduzierung (90 %) der atomaren Mittelstreckenwaffen und der Auflösung des Warschauer Pakts führte. Die Militärausgaben der Bundesrepublik und der NATO-Staaten sind jedoch laufend angestiegen (2014 bis 2024 um 56 %!). Die Zahl der Kriege jedes Jahr hat ebenso seit 1945 zugenommen bis zum Höchststand 2023 mit 59 Kriegen. Wo soll da die Wende sein?

Im Gegenteil, es wird gigantisch aufgerüstet, die Milliarden Sondervermögen, sprich Schulden, können gar nicht groß genug sein. Während der sonstige Haushalt der Schuldenbremse unterliegt, dürfen die Schulden für Militärausgaben ungebremst steigen, „whatever it takes“. Ein „Ermächtigungsgesetz“ für unbegrenzte Aufrüstung wurde da im Sinne einer Kriegslogik beschlossen. Die Militärausgaben steigen auf 5 % des Bruttoinlandsproduktes.

Brauchen wir angesichts des Ukrainekriegs und dieser Aufrüstungswelle eine neue Friedensethik, hat der Pazifismus ausgedient? Der frühere Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, meinte ja, Deutschland müsse seinen „Nachkriegspazifismus“ überwinden, dabei hat es nie einen mehrheitlich vertretenen Pazifismus gegeben, weder in den Kirchen noch in der breiten Öffentlichkeit.

Nein, wir brauchen keine neue Friedensethik, der Pazifismus hat nicht ausgedient. Warum auch? So furchtbar der Ukrainekrieg ist, er ist keine Ausnahmeerscheinung. So unterschiedlich die Konstellationen der jeweiligen Kriege waren und sind, sie alle sind brutale, zerstörerische Gewalt, die Leben tötet, Bewaffnete und Zivilisten. Der ÖRK brachte das bei seiner Gründung 1948 zum Ausdruck: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Es gab und gibt keine guten, keine sauberen, keine gerechten Kriege.

Dieses Gesicht des Krieges hat die Friedensethik insbesondere der christlichen Kirchen schon immer vor Augen gehabt, als über Jahrhunderte, bis ins letzte, die Lehre vom „Gerechten Krieg“ als Maxime herangezogen und schließlich von der



pixabay

Lehre des „Gerechten Friedens“ abgelöst wurde. Das ist keine Schönwetter-Friedensethik, sondern der Versuch, die gegenwärtige Gewalt zu minimieren, zu begrenzen.

Der Fall der sog. „Ultima Ratio“, also Krieg als letztes Mittel, ist ja nach wie vor im Konstrukt des „Gerechten Friedens“ enthalten, und soll eben dann angewandt werden, wenn die normale Ratio versagt und wider alle Vernunft doch Gewalt angewandt wird. D. h. die bisherige Friedensethik war und ist keinesfalls rein pazifistisch, weil sie nie in einer Zeit des Friedens und der Harmonie erarbeitet wurde und deshalb Gewalt und Krieg gar

nicht ausblenden konnte. Säkulare und kirchliche Ethik beziehen immer schon die Existenz des Bösen in Form von Gewalt mit ein. Aber die ethische Maxime für höchstmögliche Gewaltfreiheit besteht auch weiter, da darf nichts revidiert werden.

Wolfgang Ischinger meint: „Der Pazifist delegiert den Konflikt und seine Lösung an die anderen. Das ist bequem, aber zeugt nicht von Verantwortung und ist deshalb moralisch verwerflich.“ Da passt das Gerede von den „Lumpenpazifisten“, den „Phantasten, Schwurblern, Idioten der fünfte Kolonne Putins, Verrätern und Verbrechern“, von Politikern und den Medien hämisch verbreitet, ganz gut dazu.

Wie schlicht und überzeugend gegenüber den moralischen Verdikten gegen Pazifisten klingt da die pazifistische Argumentation von Frau Käßmann: *„Ich fühle mich als Christin der Botschaft Jesu verpflichtet: Selig sind, die Frieden stiften. Steck das Schwert an seinen Ort. Liebet eure Feinde. Martin Luther King hat einmal gesagt, Letzteres sei das Schwerste, das Jesus denen, die ihm nachfolgen wollen, hinterlassen hat.“*

Es gibt nur einen verantwortungsethischen Pazifismus, und er beruht darauf, dass man die Folgen der Entscheidung über Krieg und Frieden einbezieht: So gut wie jeder Krieg ist nicht etwa bloß deshalb falsch, weil er ein Krieg ist, sondern weil die Folgen des fraglichen Kriegs viel schlimmer sind als die Folgen des Verzichts auf Krieg. Dass Pazifismus nicht Nichtstun oder gar Feigheit darstellt, wie ihm immer wieder vorgeworfen wird, zeigt sich am Konzept

des Zivilen Widerstandes, einem Element des Pazifismus.

„Reflektierter Pazifismus“ (Heinz Klippert) oder „Pragmatischer Pazifismus“ (Olaf Müller) zeigen die Spannbreite pazifistischen Handelns in einer von Dilemmata geprägten Welt. Immerhin betont auch der ÖKR in einem Statement zum Ukrainekrieg: *„Das Gebot Du sollst nicht töten bleibt für uns unaufhebbar. Daher setzen wir uns in unserer Kirche für gewaltfreie Methoden der Verteidigung ein.“*

Krieg ist also kein Argument gegen ein klares Bekenntnis zur Friedensethik und zum Pazifismus, aber ein Argument, alles zu unternehmen im Sinne einer „prima ratio“, dass Konflikte so früh wie möglich gewaltfrei bearbeitet werden und getreu einer Friedenslogik so gelöst werden, dass daraus eine gemeinsame Sicherheit ohne Feinddenken entsteht, die die „ultima ratio“ Krieg verhindert. Und das heißt natürlich „Frieden schaffen ohne Waffen“, mit Diplomatie, Reden, Dialog, Diskurs, auch mit Feinden durch Entfeindung. Das Szenario „Sicherheit neu denken“ der Badischen Landeskirche zeigt dazu Wege auf, damit der Appell des neuen Papstes Leo des IV. „Nie wieder Krieg“ Wirklichkeit wird. Denn anders als der alte römische Wahlspruch muss heute gelten, „Si vis pacem pare pacem“, d.h. wenn du Frieden willst, dann bereite den Frieden vor!

Kirchenimmobilien:

Gute Idee, die als Erpressung daherkommt

Die Verordnung über die Gebäudebedarfsplanung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) sieht vor, dass bis Ende 2025 die Dekanate regionale Gebäudebedarfspläne erstellen und verabschieden. Unser Kommentator Johannes Herold beschreibt und kommentiert das aus der Sicht des Gemeindepfarrers:

„Ihr müsst innerhalb kürzester Zeit die Quadratur des Kreises schaffen, indem ihr ein Immobilienkonzept vorlegt, das eure Gebäude (aus den Kategorien Kirche – Pfarrhaus – Gemeindehaus) um 50 % reduziert, dabei das Gemeindeleben erhalten und Kooperationen mit Nachbargemeinden schafft – wo es bisher vielleicht noch gar keine Zusammenarbeit gab. Die Entscheidung darüber fällt der jeweilige Dekanatsausschuss, die betroffenen Gemeinden dürfen sich dazu äußern, ihre Stimme hat aber letztlich kein Gewicht – und wie Gemeindearbeit danach weitergehen soll, ist eigentlich auch nicht relevant für uns.“

So in etwa könnte man den „Prozess“ beschreiben, den die Kirchenleitung der ELKB im letzten Herbst „angestoßen“ hat. Wenn schon das jetzt ein bisschen brutal klingt, dann geht noch mehr: „Dieser Prozess muss bis 31.12.2025 abgeschlossen sein. Dekanate, die bis dahin keine vollständige Gebäudekonzeption vorgelegt haben, können im Jahr 2026 keinerlei Bauförderung beantragen.“ Das bezieht sich wohl gemerkt auf das ganze Dekanat – wenn eine von 20 Gemeinden sich querstellen sollte, werden alle anderen in die Finanzsperre miteingezogen.

Dieses Vorgehen als „Prozess“ zu bezeich-

nen, ist schon ein grober Euphemismus – daher die Anführungszeichen. Ich persönlich würde das eher „grobe Erpressung“ nennen. Zumal noch erschwerend hinzukommt, dass der Text der Verordnung über die Gebäudebedarfsplanung erst im Februar 2025 im Amtsblatt veröffentlicht wurde – die Leitlinien zur Umsetzung überhaupt erst im April 2025.

Es blieben also knapp acht Monate Zeit, um diese Aufgabe zu lösen – die in vielen Gemeinden schmerzhaft Entscheidungen nach sich zieht. So geht man nicht miteinander um – über dieses Vorgehen bin ich zutiefst verärgert und habe das gegenüber verschiedenen Oberkirchenräten auch sehr deutlich ausgedrückt. Seit wann arbeiten wir in der Kirche mit solchen erpresserischen Formen?

Wohl gemerkt: Das Ziel ist durchaus nachvollziehbar. Dass wir sparen müssen, zeigen die Projektionen über die Mitgliederentwicklung, und wir sollten unser wenig Geld lieber in Menschen investieren als in Steine. Inkonsequent wird es dann allerdings wieder, wenn wir gezwungen werden, Glockenstühle und -türme für viel Geld zu sanieren, weil die Installation elektronischer Läutformen ausdrücklich verboten wird. Was wir hier sehen, kann man nur als die nackte Panik der Kirchen-

Apokalypse im Wetterbericht – Berlin schweigt

Wir hangeln uns von einem Hitzerekord zum nächsten, Extremwetter wird das neue Normal. Auf den Umweltseiten der Zeitungen geht's nur noch um Kippunkte. Die Klimakatastrophe kommt nicht irgendwann, nein, sie ist da.

Und was tut unsere Regierung? Im Koalitionsvertrag fehlt ein Bekenntnis, die Katastrophe abzuwenden. Die schwarz-rote Koalition hat den Klimaschutz faktisch vom Koalitionstisch gefegt. Die Schuldenbremse gilt – das Klimageld nicht. Statt mutiger Transformation: Rückbau ambitionierter Gesetze. Statt Tempolimit und Verkehrswende: Dienstwagen-Bonus und Autobahnpolitik. Statt sozial gerechtem Klimaschutz: Symbolpolitik auf dem Rücken der Schwächsten.

Enttäuschend vor allem das Schweigen zur sozialen Dimension der Klimakrise. Wer Klimaschutz will, muss auch über Umverteilung, internationalen Ausgleich, generationengerechtes Wirtschaften sprechen. Doch davon steht im Vertrag kaum ein

Wort. Die Koalition verpasst nicht nur die Chance auf echte Transformation – sie gefährdet auch die gesellschaftliche Akzeptanz dringend nötiger Maßnahmen.

Natürlich könnten wir sagen: Berlin denkt nicht weiter als wir selbst – als eine Gesellschaft, die in ihrer massenhaften Trägheit feststeckt. Warum hat Klimaschutz für viele keinen Vorrang mehr – weder hier noch global? Sind es die vielen Krisen und Nöte, die drängender erscheinen – Wohnungsmangel und steigende Lebenshaltungskosten, Ukraine und Nahost?

Oder ist es das Gefühl der Ohnmacht angesichts einer globalen, existenziellen Bedrohung? Schützen wir uns, indem wir die Klimakrise verdrängen, kleinreden, ins Lächerliche ziehen, ignorieren – weil wir nicht in Angst erstarren wollen? Dieser Schutzmechanismus ist kein Umweltschutz. Zurück zum Koalitionsvertrag: Der ist – ohne entschlossenen Klimaschutz – ein Vertrag gegen die Zukunft. Es reicht nicht, auf Innovation und Märkte zu hoffen. Was wir brauchen, ist politischer Mut, klare Verantwortlichkeiten und der Wille, endlich zu handeln.

Die Uhr tickt. Ein Koalitionsvertrag, der das ignoriert, ist mutlos, ist ein Dokument des Versagens. Eigentlich müssten wir Bürger der Politik klarmachen, und umgekehrt muss die Berliner Politik uns klarmachen: Die Klimakrise anzugehen, ist die größte Herausforderung unserer Zeit.

 leitung verstehen – gepaart mit einer völligen Ignoranz gegenüber den Prozessen, die hier verlangt werden. Bei allem Verständnis für die Ziele: Der Zeitrahmen bis 31.12.2025 wird das wenige Vertrauen zerstören, das in den Gemeinden noch existiert. Wo bleibt die Synode? Wo bleibt der Aufschrei der Dekan:innen?

Johannes Herold

Lutz Taubert

Ich finde meinen Gott auf dem Berggipfel

Wir brauchen eine theologische Antwort auf die neue Naturspiritualität

Von Gerhard Monninger

„Herr Pfarrer, Sie werden mich vielleicht im Gottesdienst am Sonntag vermissen. Aber ich sag's Ihnen ehrlich. Am Sonntag zieht es mich in die Berge, und wenn ich da bei Sonnenaufgang auf dem Gipfel stehe, da finde ich meinen Gott, in der Kirche leider nicht.“

Das Gespräch findet statt, als der Pfarrer Glückwünsche zum 80. Geburtstag der Schwiegermutter überbringen will. „Das freut mich für Sie“, antwortet er, „da werden Sie sich sicher einmal vom Förster beerdigen lassen.“ Seinen Ärger kann er nur mühsam verbergen. Aber die Naturfrömmigkeit wie die des Bergfreundes breitet sich aus, ja, sie hat es immer schon gegeben.

Naturspiritualität ist dabei, zu einer neuen Weltreligion zu werden, schreibt die Zeitschrift *National Geographic* in einem Artikel über Kraftorte in Deutschland. Pantheismus, Animismus, Schamanismus, Tiefenökologie und die Gaia-Hypothese* finden mehr und mehr „Follower“. Gemeinsam ist ihnen, dass sie ein umfassendes Gefühl der Zugehörigkeit zur Biosphäre bieten, also zur Gesamtheit aller Lebensräume mit ihren Lebewesen und Pflanzen, die wiederum als heilig gilt. Gott, wenn es denn überhaupt noch um einen Gott geht, zeigt sich in der Natur.

Die klassischen Weltreligionen stehen dieser Bewegung noch immer etwas hilflos gegenüber. Besondere Probleme haben Evangelische Kirche und Theologie damit, und das nicht ohne Grund. Hier wirkt noch nach, was die Deutschen Christen im Dritten Reich vertreten haben: Gott offenbare sich in der Natur, genauer in den Urkräften von Blut und Boden, von Rasse und Schicksal.

Die Folge war, dass das Thema Schöpfung bzw. Natur weitgehend unbearbeitet blieb und stattdessen die Fragen von Christologie, Sünde und Erlösung, Glaube und Unglaube u. a. dominierten, zugespitzt in Karl Barths geschichtsverneinender, naturvergessener Krisis-Theologie; es dominierte ein Gottesbild, das immer weltloser und ein Weltbild, das immer gottloser wurde. Gewiss, es gab ein paar Ausnahmen: Gerhard Liedke, Günter Altner und der Altmeister Jürgen Moltmann, aber in den „Alltag“ der sonntäglichen Verkündigung fand das lange keinen Eingang.

Die populäre Naturfrömmigkeit macht dieses Defizit schmerzlich sichtbar. Auf der Tagesordnung der Welt steht inzwischen die Zukunft des Globus, die Krise der natürlichen Lebensgrundlagen, nicht mehr die Krise des Individuums. Der erste Glaubensartikel rückt wieder ins Zentrum. Er könnte uns helfen, unser Verhältnis zur Natur neu zu bestimmen und eine Orientierung darüber zu gewinnen, wie wir diesen Globus bewohnen können,

*Die Erde ist Gaia, eine Art erdumspannendes Lebewesen, mit komplexen Wechselwirkungen zwischen Lebewesen und ihrer unbelebten Umwelt.



„Der bestirnte Himmel über mir“ — er erfüllte Immanuel Kant „mit immer neuer Bewunderung und Ehrfurcht“.

ohne ihn zu vergewaltigen. Und das müsste mit einer neuen Wertschätzung von Naturerfahrung einhergehen, warum nicht auch mit Naturspiritualität, besser Schöpfungsspiritualität.

Unstrittig dürfte wohl sein, dass es keinen Weg zurück zu einem Pantheismus geben kann, der Gott und Natur in eins setzt: Deus sive natura. Ein Gott dieser Art ist nicht barmherzig und gnädig, da gilt „survival oft the fittest“; Natur kann sehr grausam sein. Und ein Blick in die unendlichen Weiten des Kosmos lässt uns eher erschauernd als Lebensmut gewinnen, da ist niemand, der sagt, „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein!“

Unstrittig dürfte auch sein, dass es kein Zurück hinter Charles Darwin geben. Den Neokreationismus über-

lassen wir den Anhängern von Donald Trump. Im Wald findet sich kein Schild „Made in heaven“. Da hilft Martin Luther weiter, der im Kleinen Katechismus bekennt: „Ich glaube, dass **mich** Gott geschaffen hat“, und er wusste doch genau, woher die kleinen Kinder kommen. Es geht um Geschöpflichkeit, also darum, dass ich weiß: Ich bin nicht Herr meines Lebens, ich verdanke meine Existenz einem Schöpfer. Das lehrt mich Demut. Schleiermacher hat vom Gefühl der schlechthinnigen Abhängigkeit gesprochen. Dieses Gefühl kann nicht im Widerspruch zu wissenschaftlichen Aussagen über die Entstehung von Erde und Mensch stehen.

Die Darwin'sche Anfechtung wäre damit bewältigt, aber unser Verhältnis zur Erde, zu Tieren, zu Pflanzen, zu den Netzwerken des Lebens ist damit noch immer unbestimmt.

Weiter helfen exegetische Erkenntnisse aus den biblischen Schöpfungsberichten.

Der Mensch ist da beileibe nicht die Krone der Schöpfung, sondern der Sabbat, die Ruhe Gottes am siebenten Tag. Landtiere und Menschen werden zusammen am sechsten Tag geschaffen, da herrscht

Augenhöhe. Dazu passt, dass Tiere im AT rechtsfähig sind: *Wenn ein Rind einen Mann oder eine Frau so stößt, dass der Betreffende stirbt, dann muss man das Rind steinigen, der Eigentümer des Rinds aber bleibt straffrei. (Ex 21, 28)*

Was bei uns Tierquälerei ist, heißt im AT: Das Tier ist strafmündig, es gelten die gleichen Strafen wie für Menschen, hier Steinigung bei einem Tötungsdelikt.

Immer noch bleibt aber die Frage offen, ob es eine Erkenntnis Gottes aus der Natur gibt, die wiederum eine Verehrung der Natur zur Folge hat – Verehrung der Natur, oder Verehrung Gottes in der Natur.

Unter den vielen theologischen Ansätzen wähle ich wieder den von Martin Luther, wie ihn Detlef Lienau beschreibt*.

„Weil sich die Güte Gottes nicht beim Blick auf die Welt erschließt, sollte eine bestimmte Reihenfolge des Erkennens beachtet werden: Da sich die Welt als gute Gabe eines liebenden Schöpfers in ihrem ‚Für mich‘ nur aus der Perspektive des Glaubens erschließt, ist zuerst das Buch der Bibel zu lesen, dann mit dem dort gewonnenen Glauben das Buch der Schöpfung... Der Gang in die Natur braucht Vorbereitung. Erst wer durch Gottes Wort seine Gnade erkennt, dem werden die Augen geöffnet für den inneren Sinn der Schöpfung, die auch dem Liebeswillen Gottes entspringt.

Luther: *Überall ist er, will aber nicht, dass du überall nach ihm tappest, sondern wo das Wort ist, da tappe nach“.*

Gottes Liebe kann in der Schöpfung *wieder* erkannt werden. Sie kann nicht einfach abgelesen, aber als mitgebrachtes Wissen bekräftigt werden... Sie kann zum Anlass des Erinnerns werden, sie kann, weil sie alltäglich und lebensnahe ist, immer wieder bestärken und aufmerksam machen... Sie kann den Glauben an Gott erden.“

Diese Erdung des Glaubens haben die meisten von uns dringend nötig. Wir können heutzutage unseren Alltag bestreiten, ohne in nennenswertem Maß der Natur zu begegnen. In der U-Bahn gibt es weder Tag noch Nacht, die Klimaanlage im Büro lässt uns die Hitze des Sommers nicht spüren, dass die Milch nicht aus der Milchfabrik kommt, sondern von der Kuh, können Kinder schon mal vergessen. Detlef Lienau fügt seinem Buch „Geerdet glauben“ ein Kapitel an, das hilft, konkrete Begegnungen mit der Natur zu haben, die auf Achtsamkeit, Staunen und Einfühlung beruhen. Das ist etwas anderes als wohlige Wellness im Kurpark. Wer sich einmal am Fuß eines Baums mit dem Rücken auf den Waldboden gelegt hat, um in die Wipfel zu schauen, der weiß: Da steht man als ein anderer auf, als der, der sich niedergelegt hat.

Pfarrer und Bergfreund müssen einander nicht bekämpfen. Vielleicht machen sie einmal gemeinsam eine Bergtour. Und es würde auch nicht schaden, wenn sich der Bergfreund einmal in der Kirche sehen ließe.

* Ich zitiere im Folgenden aus Detlef Lienau: Geerdet glauben. Christliche Naturspiritualität, Göttingen 2025, S. 95f.

Totschweigen nützt nichts

Islamismus: Wie die Gesellschaft und die Kirchen mit dem Thema umgehen sollten / Von Helmut Frank

Seit zwei Jahren wird es geduldet, nun wird es offiziell erlaubt: In Berlin dürfen Lehrerinnen künftig ein Kopftuch tragen. Das hat das Berliner Abgeordnetenhaus auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD beschlossen. Nach jahrelangen Debatten hat endlich die Religionsfreiheit gewonnen! Schön, dass muslimische Lehrerinnen im Staatsdienst ihren Glauben nun auch öffentlich zeigen dürfen.

Wirklich? Einmal abgesehen davon, dass Schulen nach dem staatlichen Neutralitätsgebot eigentlich Orte weltanschaulicher Zurückhaltung sein sollten – ist hier wirklich der Religionsfreiheit gedient? Im Falle der muslimischen Lehrerinnen vielleicht schon. Sie können jetzt ihren Glauben auch gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern zeigen. Doch genau das ist das Problem. Muslimische Mädchen, die kein

Kopftuch tragen wollen, geraten dadurch unter Druck: im Elternhaus, in der Moschee, im Freundeskreis.

Konservative Berliner Imame, die offenes Haar bei jungen Mädchen als unislamisch sehen, werden die neue Lage für sich nutzen: Wenn selbst die staatlich angestellte Lehrerin ein Kopftuch trägt, gibt es keinen Grund mehr, das nicht auch zu tun. Die Leidtragenden sind einmal wieder eher liberale und eher säkulare muslimische Familien, die sich integrieren wollen, die aber noch immer schauen müssen, was der Imam am Freitag in der Moschee sagt.

Die Entwicklung in Berlin bestätigt, dass sich der konservative politische Islam Schritt für Schritt durchsetzt. Liberale Strömungen, die eher auf Integration

Kopftuchvarianten



Die **Burka** ist eine Art Überwurf mit engmaschigem Augengitter, der den Körper vollständig bedeckt.



Der **Niqab** bedeckt das Gesicht, es bleibt jedoch ein kleiner Sehschlitz frei.



Der **Hidschab** ist ein Kopftuch, das ganz unterschiedlich getragen wird. Mal locker und leger, mal eng um den Kopf gebunden.



Der **Tschador**, ein bodenlanger, dunkler Umhang, wird vor allem im Iran getragen. Er verhüllt den Körper und den Kopf, das Gesicht bleibt frei.

setzen, geraten ins Hintertreffen. Letztlich wird durch das Berliner Urteil dem Islamismus Vorschub geleistet.

Dies beschränkt sich nicht allein auf die deutsche Hauptstadt. Nach einem Bericht der *Hamburger Morgenpost* gibt es an Hamburger Schulen einen beängstigenden Trend: Muslimische Jugendliche, die sich selbst als besonders streng gläubig betrachten, setzen Gleichaltrige unter Druck – Opfer sind beispielsweise Mädchen, die sich freizügig kleiden oder kein Kopftuch tragen. Andere muslimische Jugendliche verweigern den Musikunterricht. Warum? Weil der „haram“ sei, also gegen den islamischen Glauben verstoße.

Nach Überzeugung des deutsch-arabischen Islam-Experten Ahmad Mansour geht die Radikalisierung auf islamistische Gruppierungen wie „Muslim Interaktiv“ zurück, die muslimische Jugendliche gezielt auf TikTok und Instagram ansprechen. Nach dieser Indoktrination erkennen Eltern ihre eigenen Kinder nicht mehr wieder. Von einem Tag auf den anderen werden die Eltern dafür kritisiert, dass sie nicht fasten, nicht oft genug beten, also keine wahren Muslime sind.

Mansour sieht das Problem in ganz Deutschland. Vor allem an Schulen mit großem Anteil an Jugendlichen muslimischen Glaubens gibt es ein wachsendes Bedürfnis, religiöse Praktiken auszuüben, auch an der Schule zu beten und zu fasten. Die Zahl fastender Schüler steige, sagt Mansour, und damit parallel dazu auch der soziale Druck innerhalb der muslimischen Schülerschaft, der sich gegen Kin-

der richtet, die eben nicht fasten.

Dass sich immer mehr Minderjährige im Eiltempo radikalisieren, hat auch den Verfassungsschutz alarmiert. Auch dort ist die Erkenntnis angekommen, dass Islamismus heutzutage nicht mehr in erster Linie in den Moscheen vermittelt wird, sondern über Social Media. Dort werden salafistische Videos, IS-Propaganda und Aufrufe zur Gewalt geteilt und verbreitet.

Sinan Selen, Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, erklärt: „Vor allem Jugendliche radikalisieren sich heute online – schnell und effektiv.“ Die Radikalisierung dauert oft nur noch wenige Monate. Nicht selten fantasieren bereits Kinder und Jugendliche über Anschlagspläne, Experten sprechen von einem „Terror-Kindergarten“.

Im aktuellen Jahresbericht 2024 zählt der Verfassungsschutz 28.280 Islamisten in Deutschland, 9540 von ihnen gelten als gewaltorientiert. „Extremismus ist in der Mitte angekommen“, warnt Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden. Die Kombination aus Gewaltbereitschaft, Hass gegen Juden und israel-bezogenem Antisemitismus sei alarmierend, so Schuster. Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt, in islamistischen Milieus würden sogar Kleinkinder zu Terroristen erzogen. „Die bekommen Propagandafilme gezeigt, in denen vermittelt wird, wie Juden am besten getötet werden“, so Wendt gegenüber der *Bild*-Zeitung. Wendt fordert harte Eingriffe in betroffene Familien.

Ohne rigorose Maßnahmen lasse sich die Entwicklung nicht stoppen. An der Politik und auch an den Kirchen gehen diese Realitäten offenbar vorbei – oder sie werden bewusst verdrängt. Die Berliner Jusos haben eine Lösung parat: Aus Gründen der Sprachsensibilität wollen sie künftig nicht mehr von »Islamismus« sprechen.

Das Thema totzuschweigen nützt nur den Islamisten. Die Kirchen sollten das Thema deshalb offensiv angehen und für wirkliche Religionsfreiheit eintreten. Das bedeutet in erster Linie eine aktive Unterstützung des schwer in die Defensive geratenen liberalen Islam, wie er beispielsweise vom Freiburger Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi vertreten wird – oder Seyran Ateş, Mitbegründerin der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin. Mit im Bunde sind Ahmad Mansour, Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin und Bundestagsabgeordnete der Grünen, oder Mouhanad Khorchide, Professor für Islamische



Theologie an der Uni Münster. Sie verraten nicht den Islam, was ihnen die konservativen islamischen Verbände vorwerfen, sie stehen für ein humanistisch geprägtes Islamverständnis und haben deshalb den Rückhalt und die Unterstützung der Kirchen verdient.

*Der Autor Helmut Frank
ist Chefredakteur des Sonntagsblatt –
Evangelische Wochenzeitung für Bayern*

IDA oder IHRA:

Die richtige Definition von Antisemitismus

Von Johannes Herold

Eine spannende Debatte findet gerade im deutschen Politikbetrieb statt, die sich um die richtige Definition von Antisemitismus dreht.

Ausgelöst wurde die aktuelle Debatte, als ein Parteitag der Partei Die Linke beschloss, die Antisemitismusdefinition zu übernehmen, die von der *Jerusalem Declaration on Antisemitism* (JDA) vorgeschlagen wurde. Dieser Akt nun wurde von einer Allianz aus dem Zentralrat der Juden und den Unionsparteien als seinerseits antisemitisch bezeichnet, womit die Partei einigermaßen dämonisiert und nicht auf dem festen Grund deutscher Koalitionsfähigkeit verortet wird.

Damit ist natürlich schon angedeutet, was die Motive hinter der innerdeutschen Debatte betrifft. Und eigentlich könnte man die Debatte damit auch schon ad acta legen, wenn sie als parteipolitisch begründet entlarvt ist. Aber vielleicht lohnt sich doch ein zweiter Blick darauf – denn die Frage steht ja im Raum, ob man die JDA möglicherweise als Definition des Begriffs Antisemitismus ablehnen muss. Denn natürlich sind wir als AEE darauf bedacht, jeglichen Formen von Antisemitismus entgegenzutreten. Woher kommt also die JDA und warum gibt es diese Aufregung um sie?

Die JDA ist im Jahr 2020 entstanden – als ein gemeinsames Dokument von Wissen-

schaftlern aus den Fakultäten der Judaistik, der Holocaust-Studien, der Israel-, Palästina- und Nahost-Studien. Als Erstunterzeichnende sind 210 Forscher:innen gelistet, mittlerweile (Juni 2025) sind es 370. Nun sagt die schiere Anzahl natürlich noch nicht unbedingt etwas aus über die Qualität der Arbeit. Wenn sich zum Beispiel Ingenieure mit Dokortitel zur Qualität von medizinischen Studien über die Corona-Pandemie geäußert haben, hat das nicht zu Unrecht ein gewisses Unwohlsein ausgelöst.

In diesem Fall sind aber die Erstunterzeichnenden vom Fach – und nicht nur in der zweiten oder dritten Reihe! Es sind Koryphäen darunter wie Peter Schäfer (Professor für Jüdische Studien, Princeton University, Direktor des Jüdischen Museums Berlin), Aleida Assmann (Professorin für Literatur, Traumastudien und Holocaust in Konstanz), Wolfgang Benz, (Prof. Dr., Direktor Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin), Moshe Zimmermann (Historiker em. an der Hebräischen Universität Jerusalem), oder auch der berühmte israelische Essayist A. B. Jehoshua. Kurz: Die Liste der Autoren zeigt, dass hier eine Fülle von sehr schlaun Menschen zusammengearbeitet hat, um eine Arbeitsdefinition des Antisemitismusbegriffs zu liefern und auch gleich noch Anwendungsbeispiele.

Die Definition der JDA lautet: „*Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Juden (oder jüdische Institutionen).*“

In fünf Anwendungsbeispielen werden die strukturellen Ähnlichkeiten zu Rassismus gezeigt, die vorurteilsbehafteten Verallgemeinerungen, Dämonisierung, verbale und physische Gewalt und schließlich auch Codierungen („Die Rothschilds“ = Die Juden) und die Leugnung des Holocausts oder seines Ausmaßes.

Die Anwendungsbeispiele 6-10 zeigen konkrete Fälle von Antisemitismus mit Bezug auf den Staat Israel und das Verhältnis von Juden in aller Welt zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

Und schließlich werden in einem letzten Teil fünf Anwendungsbeispiele gezeigt, die NICHT als antisemitisch definiert werden. Dazu zählen die Unterstützung der palästinensischen Forderung nach Gerechtigkeit und der vollen Gewähr für ihre politischen, nationalen, bürgerlichen und Menschenrechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind; Kritik an Zionismus und Nationalismus, ja selbst Boykott, Disengagement und Sanktionen (BDS) sind nicht Merkmale von Antisemitismus, wie auch verbal entgleisende Kritik an sich nicht antisemitisch ist.

Und vermutlich liegt in diesen letzten Punkten ein Grund für die harsche Reaktion des Zentralrats der Juden. Denn Kritik an der Politik Israels wird häufig an den Zentralrat adressiert und leider nicht nur verbal, sondern durchaus auch gewalttätig und bedrohlich. Die Erinne-

rung an die Aufschriften an Schaufenstern jüdischer Geschäfte – „Kauft nicht bei Juden“ – dürfte hier noch besonders lebendig sein. Da heißt ein „Wehret den Anfängen“ vielleicht auch, dass man BDS gewissermaßen „sicherheitshalber“ schon als antisemitisch bannen möchte.

Die Autoren der JDA sind sehr zurückhaltend mit ihrer Kritik an der IHRA — der *Holocaust remembrance association* und ihrer Definition aus dem Jahr 2016. Aber genau hier liegt m. E. der entscheidende Unterschied zwischen IHRA und JDA: Dass die JDA evidenzbasierte Kritik am politischen Handeln des Staates Israel ausdrücklich erlaubt — und damit eine Auseinandersetzung auf inhaltlicher Ebene verlangt, die man nicht einfach mit dem Anathema „Antisemitismus“ wegwischen kann.

Gerade dieses Anliegen ist es, das die Unterzeichnenden der JDA ehrt: Dass sie, teils selbst israelische Staatsbürger, die legitime Kritik an ihrem Staat und seinem politischen Handeln ausdrücklich ermöglichen — um Antisemitismus, unter dem sie allzu oft selbst schon gelitten haben, umso wirksamer argumentativ bekämpfen zu können!

Kommen wir noch einmal zurück auf die Debatte in Deutschland, dann sehe ich hier eine recht unfeine Antiklimax: Denn es bleibt der schale Beigeschmack, dass die Unionsparteien die Antisemitismusdebatte nutzen, um parteipolitische Ziele zu erreichen. Das ist nun genau nicht im Sinne der JDA, wie ich vermuten würde.

Palästinensische Pietà

Eine Performance zur Passion vor St. Lorenz in Nürnberg



Acht Tage lang jeden Abend teile ich meinen Körper mit der trauernden Inas Abu Ma'amar aus Gaza. Gekleidet in ein arabisches Frauengewand knie ich auf den Stufen der Lorenzkirche. Als christlicher Mann gebe ich dem Schmerz der muslimischen Frau aus Gaza einen sichtbaren Ort hier, mitten in Nürnberg auf den Stufen der „Nürnberger Kathedrale“.

Gegen die mediale Marginalisierung des unaussprechlichen menschlichen Leides in Gaza transformiert die geistliche Performance die Realität des täglichen Sterbens unzähliger, unschuldiger Menschen in Gaza ins Bewusstsein der Passanten im vorösterlichen Trubel.

Die Tragödie von Gaza, die mehr als ein- einhalb Jahre dauert, verdichtet sich in einem Pressefoto: Die 36-jährige Frau Inas Abu Ma'amar hält die Leiche ihrer 5-jährigen Nichte Sally im Arm, die am

17. Oktober 2023 bei einem israelischen Luftangriff getötet wurde. Das Foto wurde im Nasser-Krankenhaus in Khan Yunis im Gazastreifen aufgenommen. Inmitten eines brutalen Krieges mit mittlerweile mehr als 55.000 größtenteils zivilen Todesopfern, viele von ihnen Kinder, fing der palästinensische Fotograf Mohammed Salem einen schmerzlich intimen Moment ein: Zwei Lebensschicksale vereint im Tod, der sie für immer trennt, treten aus der Namenlosigkeit menschenverachtender Gewalt. Mit respektvoll verborgenen Gesichtern sprechen sie uns an und stellen sich der erschreckenden Entmenslichung und Empathielosigkeit dieses brutalen Krieges entgegen.

Das Foto ging um die Welt und erhielt den „World Press Photo Award“ 2023. Dass es so viele Menschen anspricht, liegt sicherlich auch daran, dass es in

vielm an eine sog. Pietà erinnert: Die „Mutter Gottes“ hält den „Gottessohn“. Der Leichnam des Sohnes auf dem Schoß derer, die ihn geboren hat, ein Moment der Intimität, tragisch angesichts der Faktizität des Todes. Fermate am Ende der Katastrophe, der Leidensgeschichte des Messias. Die Botschaft von der Liebe Gottes, zerrieben in der Mühle der Gewalt? Damals wie heute? Triumph der Macht über die Machtlosigkeit? Null und nichts? Jesu Zeichen, Berührungen und lebenspendende Worte? Alles vergebens? Kein Ostern ohne das Kreuz! Kein Halleluja ohne das Weinen und Klagen der Mutter über das tote Kind. Aus der Tiefe von Leid, Schmerz und Tod wächst die Osterfreude, Quellort und Samen unseres christlichen Glaubens, nur aus dieser Tiefe! Kein „billiges Ostern“ auch für uns; kein Ostern, ohne dass wir die Wehklage dieser trauernden Mutter an uns heranlassen, die uns in diesem Foto aus Gaza wortlos anschreit!

Die Performance mitten im Ostertrubel irritierte und provozierte, auch politisch. Umgeben vom gotischen Figureschmuck des „Weltgerichts am Westportal der Lorenzkirche stellte sich das „Kunstwerk“ gleichzeitig in einen geistlichen Deutungsrahmen. Zudem fand die Performance an der Schwelle zu den Kar- und Ostertagen statt. Ein Roll-up erklärte interessierten Menschen die Bezüge der Performance. Was kann ich als Einzelner tun? Kann unser Christsein angesichts dieser Katastrophe im „Heiligen Land“ unpolitisch bleiben? Was heißt es, als Christ in Deutschland eine angemessene Haltung in diesem historisch und politisch kom-

plexen Konflikt einzunehmen, sich aber nicht ins Private zurückzuziehen und zu schweigen? Für mich war diese Performance auf dem Höhepunkt der Passionszeit auch Ausdruck persönlicher, geistlicher Not. Sie sollte aber auch ein Ausdruck „öffentlicher Theologie“ sein, ein Versuch, als evangelischer Pfarrer aus dem Glauben heraus der menschenverachtenden Logik von Gewalt und Gegengewalt einen Appell an Menschlichkeit und Empathie entgegenzustellen. Was dies mit Blick auf eine „öffentliche“ kirchliche Theologie im Verhältnis zum gegenwärtigen Handeln des Staates Israel bedeuten sollte, habe ich in einigen Thesen dokumentiert, die unter dem folgenden Link zu finden sind:

https://www.bruecke-nuernberg.de/system/files/dateien/arbeitsthesen_thomas_amberg_zu_israel-palaestina_stand_12-2024_0.pdf

Ich wünsche mir dazu eine wirklich theologische Diskussion innerhalb unserer Kirche und der Kirchen in Deutschland! Hoffnung auf eine Lösung scheint gegenwärtig kaum greifbar. Zwei Monate nach dieser Performance kämpfen zwei Millionen Menschen täglich ums Überleben. Dennoch, ja gerade deshalb halten wir an der Hoffnung fest, die in Jesu Worten gründet: „Freuen dürfen sich alle, die Hunger und Durst nach Gerechtigkeit haben, denn sie sollen satt werden“ (Matthäus 5, 6).

Pfarrer Dr. Thomas Amberg- BRÜCKE-KÖPRÜ

Die BRÜCKE ist eine Einrichtung der ELKB im Dekanat Nürnberg für den interreligiösen Dialog, darunter besonders die Begegnung von Christen und Muslimen.

Babystreik —

Warum ich trotzdem Kinder habe

b+k hat drei junge Frauen gefragt. Eine hat geantwortet, aber verständlicherweise ge-

b+k: Es wird davon gesprochen, dass junge Paare in Deutschland, aber auch in anderen Ländern in den „Babystreik“ treten. Sie möchten keine oder keine weiteren Kinder haben. Es gibt dafür verschiedene Gründe, hier nur zwei:

Wirtschaftliche: Wohnungen und Kinderbetreuungsplätze sind so teuer geworden, dass Leute mit durchschnittlichem Einkommen sich das vor allem in den Ballungsgebieten nicht mehr leisten können oder sich nicht so massiv einschränken wollen.

Ökologische: Die Prognosen für Klimazerstörung, Krieg und gesellschaftliche Radikalisierung sind so düster, dass Leute ihren Kindern diese Welt nicht zumuten wollen.

Was meint ihr dazu?

Ich verstehe die Bedenken, keine Kinder bekommen zu wollen. Die Infrastruktur für Familien und auch der gesellschaftliche Umgang mit Kindern ist ziemlich schlecht.

Es gibt allgemein gesagt keine Investitionen in

unsere Zukunft. Keine Kinderbetreuungsplätze, keine gut ausgestatteten Schulen, keinen Raum für Kinder in der Öffentlichkeit... Kinder sind in den Augen vieler älterer Menschen zu laut, zu wild, zu anstrengend, zu lästig.

Gleichzeitig wachsen die Ansprüche an Frauen ungemein. Karriere machen, bitte Vollzeit arbeiten gehen, all das ist wichtig, damit auch wir eine Chance auf eine unabhängige Rente haben. Doch die Frage der Betreuung (kranker Kinder),

der Haushalt, die Organisation der Familie, das alles ist weiterhin zum allergrößten Teil in den Händen der Mütter.

Dazu passen die Angebote der Arbeitswelt für Mütter nicht. Die Arbeitsbelastung der Care-Arbeit ist wahnsinnig hoch, gleichzeitig gibt es keine Jobangebote, die auf die Bedürfnisse eingehen und kaum Unterstützung in der Infrastruktur. Das Geld für die Unterstützung muss man erstmal verdienen — Krippenplatz 500 €, Kindergartenplatz 100 €, Haus-



haltshilfen 400 €... Die Großeltern sind oftmals weit weg oder nicht einplanbar. Ich selbst habe vier Kinder und kann mir den Wiedereinstieg in die Arbeit kaum leisten, weil dann zu Hause nichts funktionieren würde. Andererseits ist es für mich persönlich schlecht, weil ich für meine Vorsorge zu wenig tue und gerne arbeiten würde.

Dieses Dilemma spart man sich ohne Kinder.

Allerdings verliert die Gesellschaft ohne Kinder natürlich enorm. Und wir könnten uns ein Leben ohne unsere Kinder nicht vorstellen. Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden und bereuen nichts. Die Kinder in Liebe zu begleiten und ihre Liebe zu spüren, ist das größte Glück der Welt.

Wie müsste sich die Welt ändern, dass Kinder eine bessere Zukunft haben?

Ich glaube das Wichtigste wäre, dass sich die innere Haltung zu Kindern ändert. Wenn wir wertschätzen, was Kinder für uns als Gesellschaft bedeuten. Dass wir sie ganz dringend brauchen, dass ihr Wohlergehen das Potenzial unserer Zukunft beeinflusst, dass wir sie unterstützen und in sie investieren sollten.

Welche Möglichkeiten seht ihr, dazu beizutragen?

Ich glaube es fängt an beim täglichen Leben. Kinder als Freude wahrzunehmen im Supermarkt, im Restaurant, im Park und sich über den Lärm und auch das Schreien nicht zu ärgern. Die Eltern unterstützen. Und dann ganz konkret in Wahlen. Wenn wir Themen unterstützen, die für Kinder

wichtig sind, bekommen sie eine Lobby. Sie haben kaum eine, man sieht es in Schulhäusern und Betreuungsplätzen. Man spürt es überall. Kinder sind nicht wichtig. Und das ist falsch. Denn egal, ob ich selbst welche großziehe oder nicht, jeder ist im Alter auf die jungen Arbeitenden angewiesen, die ihm auch dann noch ein Brötchen verkaufen.

b&k – Berichte und Kommentare

Das Magazin des Arbeitskreises Evangelische Erneuerung (AEE).

Erscheinungsweise: halbjährlich

Herausgeber: Johannes Herold,
Sprecher des AEE

Redaktion: Gerhard Monninger (gm), Dr. Hans-Gerhard Koch (HG), Lutz Taubert (lt)

Druck: DCT GmbH-Druckerei und Copyshop in Coburg, Oberfranken

Der AEE ist eine innerkirchliche Richtungsgruppe im Raum der Evang.-Luth. Kirche in Bayern

AEE-Geschäftsstelle: Beate Rabenstein
Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth

AEE im Internet:

<http://www.aee-online.de>

Und täglich grüßt das Murmeltier

Ein Feiertag für den Wirtschaftsaufschwung — und welchen hätten Sie denn gern? Von Hans-Gerhard Koch

„Und täglich grüßt das Murmeltier“ ist eine US-Komödie aus dem Jahr 1993. Hauptfigur ist der egozentrische und zynische Wetteransager Phil, der in einer Zeitschleife festsitzt und ein und denselben Tag, den Tag des Murmeltiers, immer wieder erlebt, bis er am Ende geläutert sein Leben fortsetzen kann.

Die derzeitige von Arbeitgebervertretern begonnene und von manchen Politiker:innen befeuerte Debatte über die Streichung von Feiertagen für einen dringend nötigen Wirtschaftsaufschwung klingt verdächtig nach Murmeltier.

Es ist ja nicht neu: Immer schon verdächtigten manche Chefs ihre Mitarbeitenden, sie seien faul und hätten nur den Feierabend im Sinn. Der Philosoph Sokrates schrieb im 5. Jahrhundert vor Christus: „Die Jugend liebt heutzutage den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor den älteren Leuten und schwatzt, wo sie arbeiten sollte.“

Nachgelegt werden heutzutage Statistiken, nach denen die Deutschen in der EU zu den Menschen mit der geringsten Jahresarbeitszeit zählen sollen. Das müsse wieder anders werden, heißt es. Um die großen Aufgaben zu bewältigen, müssten „wir“ mehr arbeiten. Würde das aber irgendwem helfen?

Vor 30 Jahren, 1995, wurde der Buß- und Bettag als bundesweiter Feiertag – bis

auf Sachsen! – abgeschafft. Die evangelische Kirche hat sich darauf eingelassen, weil damit der Arbeitgeberanteil der neu geschaffenen Pflegeversicherung ausgeglichen werden sollte.



Unter diesem Slogan forderten die Gewerkschaften ab 1956 die 40- Stunden- und 5-Tage-Arbeitswoche.

© Deutscher Gewerkschaftsbund,

Wie fast immer bleiben die Befürworter der Streichung freier Tage den Beweis schuldig, ob die Mehrarbeit ihren Zweck auch erreicht. Im Fall des Buß- und Bettags habe ich gründlich recherchiert und

landauf, landab keine verlässliche Statistik finden können, die den finanziellen Gewinn durch die Abschaffung eines Feiertags beziffert.

So ähnlich dürfte das auch sein, wenn jetzt die Abschaffung eines Feiertages zur Bekämpfung der Rezession und des Fachkräftemangels gefordert wird. Nur drei Argumente dagegen:

Es geht nicht um Arbeitszeit, sondern um Produktivität pro Arbeitsstunde. Und da sind die Deutschen spitze.

Es geht auch nicht um Faulheit, sondern um Rahmenbedingungen für Arbeit (siehe den Artikel in diesem b+k über „Babystreik“). Viele, vor allem Frauen, würden gerne mehr bezahlt arbeiten, wenn sie nicht mit Haushalt und Kindern allein gelassen würden.

Und: Die Teilzeitarbeit wird bei den Durchschnittsarbeitszeiten der oben erwähnten Statistiken einfach ignoriert. Insofern sind die Statistiken über den „Freizeitweltmeister Deutschland“ zu bezweifeln. Und wenn schon Statistiken, dann gehören auch die 2024 fast 1,2 Milliarden Überstunden, davon 638 Millionen nicht bezahlt, ins Bild. Schließlich ist bemerkenswert, dass die Bundesländer mit den meisten Feiertagen, nämlich Bayern und Baden-Württemberg, wirtschaftlich auch am besten dastehen.

Was Feiertage, was gemeinsame Zeit für Familien, Vereine und eben auch Kirchen bedeuten und dass sie mehr zählen als irgendwelche Freistunden, das ist manchen Managern vielleicht nicht so be-

kannt, weil sie so etwas als „Workaholics“ kaum kennen.

Deswegen erübrigt sich die Frage, welchen Feiertag wir opfern sollen, weitgehend: Einfach keinen!

Die gesetzlichen Feiertage in Bayern

Neujahr: (1. Januar)

Heilige Drei Könige: (6. Januar)

Karfreitag

Ostermontag

Tag der Arbeit: (1. Mai)

Christi Himmelfahrt

Pfingstmontag

Fronleichnam

Tag der Deutschen Einheit: (3. Oktober)

Allerheiligen: (1. November)

Erster Weihnachtstag: (25. Dezember)

Zweiter Weihnachtstag: (26. Dezember)

Friedensfest: (8. August) – nur in Augsburg

Zusätzlich gibt es in Bayern sogenannte "Stille Tage", an denen besondere Einschränkungen für öffentliche Veranstaltungen gelten, darunter Karfreitag, Allerheiligen, Volkstrauertag, Totensonntag und Buß- und Betttag.

Freitag, 10. Oktober 2025

in Nürnberg, Haus Eckstein

17.00 Uhr

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

19.00 - 22.00 Uhr

STUDENTAG

**Kirche ohne Rassismus
und Diskriminierung**

Was wir gewinnen könnten, wenn wir eine wirklich inklusive und gleichberechtigte Kirche würden — davon wollen wir gemeinsam träumen —

mit Quinton Caesar und Corinna Bader.

Wir bitten um Anmeldung bis 7. Oktober auf
<https://www.evangelische-stadtakademie-nuernberg.de/themen/gesamtprogramm.html>.



AEE regional

Gesprächskreis Fürth

Schon zweimal hat sich der neue Fürther Gesprächskreis getroffen: Der erste Abend galt dem Thema „Demokratie in Gefahr“ — Ausrufezeichen oder Fragezeichen? Interviewpartner war Günter Gloser, ehemaliger Bundesminister und Mitinitiator des Nürnberger Bündnisses „Zammrüggn“ ... Der zweite Abend fragte: „Was können wir jetzt tun?“ 20 interessierte Menschen interviewten sich zu Beginn selber: „Wo begegnet mir Rechtsextremismus konkret?“

Am 6. Oktober 15-17 Uhr geht es weiter, es geht um die Grauzone zwischen Rechtsextremismus und „christlichem“ Nationalismus.

Von Personen

Der AEE betrauert den Tod dreier langjähriger Mitglieder, die teils bis in die jüngste Zeit aktiv mitgearbeitet haben: **Hans-Harald Willberg, Christian Schümann** und **Uwe Lang**. Der AEE dankt und wünscht, dass die drei jetzt dem nahe sind, von dem das Evangelium spricht.

Wir versenden b+k an alle Mitglieder und Interessierten, deren E-Mail wir haben, **per Mail**. Wenn Sie nicht sicher sind, ob wir Ihre (richtige) E-Mail haben, bitten wir um eine Mail an Beate Rabenstein unter *f-b-rabenstein@gmx.de*.

Wenn Sie b+k **weiterhin und kostenlos als Print-Ausgabe** bekommen möchten: kein Problem! Es genügt eine Nachricht an Frau Rabenstein, *Tel. 0911-7807204*, oder per Post an: *AEE-Geschäftsstelle, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth*.

Wenn Sie eine größere Zahl von b+k-Heften zur Verteilung möchten, sagen Sie bitte Bescheid, wie viele und wo Sie sie verteilen. Wir werden dann die Auflage entsprechend anpassen.

Danke für Ihr Mittun!

Ihre Redaktion

Der AEE ist auch auf Facebook



www.facebook.com/AEEbayern

Namen und Adressen

Leitendes Team

Johannes Herold, Sprecher,

Gemeindepfarrer, Selb, 09287-60554 Johannes.Herold@elkb.de / aee-bayern@elkb.de

Franzi Maisel,

Erzieherin, Bayreuth, 015115657639 franzimaisel24@gmail.com

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth, 0911-7807204 f-b-rabenstein@gmx.de

Brigitte Wellhöfer,

Krankenschwester i. R., Nürnberg, 0911-532279, brig.wellhoefer@nefkom.net

Elke Zimmermann,

Journalistin, München, 089-3596590 elke_zimmermann@hotmail.com

Regionalgruppe Nürnberg

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth, hagekoch@kabelmail.de und

Christa Salinas, Nürnberg, salitaut@t-online.de

Regionalgruppe Bayreuth

N.N.

Zachäus' Erben

Es ist ja allgemein bekannt, dass US-Präsident Donald Trump tiefreligiös ist und sogar eine eigene „Trump- Bible“ herausgegeben hat, die er an seine Anhänger verkauft. Ihr Titel ist gegenüber dem Urtext ein bisschen geändert und heißt „God bless the USA“. Auch noch ein paar weitere heilige Schriften sind beigelegt, wie die amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Für 140 Dollar plus 25 Dollar Porto können Sie das Werk immer noch bestellen.

Dafür garantiert Ihnen Mr. Trump eine Fülle von Tipps, mit denen Sie Ihren Reichtum vermehren und trotzdem vor der Welt gut dastehen können.

Ein Beispiel: Trumps Lieblingsfiguren im Neuen Testament sind Zöllner: Zachäus, Matthäus oder Levi. Auch Jesus hatte ja ein besonderes Faible für sie und sprach gern von „Zöllnern und Sündern“ (Matth. 9,10). Zöllner erheben im Auftrag Roms Wegezölle und Abgaben, aber die Tarife sind flexibel. Je nach dem persönlichen Finanzbedarf werden Aufschläge auf die Tarife von Pontius Pilatus fällig. Das führt dazu, dass beim Passieren eines Stadttors der Blutdruck steigt und Schweiß ausbricht. Was wird es wohl dieses Mal kosten?

Und auf jeden Fall steigt das Vermögen der Zöllner. Zachäus zum Beispiel war bereit, die Hälfte seines Vermögens zu spenden und Überzahlungen vierfach zurückzuerstatten. (Lukas 19, 9) Trotzdem war er offensichtlich immer noch nicht mittellos.

Präsident Trump hat in „God bless the USA“ die Lösung gefunden, wie er sowohl sein eigenes Vermögen vermehrt als auch die Zahlungsbilanzprobleme der USA löst. Er hat die altbewährte Methode „Zoll plus Aufschlag“ angewandt und allen möglichen Ländern, die angeblich die USA durch Dumpingprodukte ausplündern, Zölle bis zu 125 Prozent angedroht. Dann hat er die Zölle wieder zurückgenommen und wieder neue angekündigt, so lange, bis Exporteure und Importeure nur noch weinend am Straßenrand saßen und überhaupt nicht mehr wussten, was läuft. Nach der Devise „Hauptsache, der Schmerz lässt nach“ waren sie dann schon froh, nicht die Höchststrafe von 125 % zu erhalten wie China, sondern nur 25 % wie Europa (vorerst). So macht man sich Freunde mit dem ungerechten Mammon, wie Jesus in Lukas 16, 9 empfiehlt.

Die braucht man auch, denn natürlich macht sich Trump, wie damals Zachäus, extrem unbeliebt. Darum hat er auch sein Vermögen an die Firma seiner Söhne „The Trump Organization, Inc.“ abgegeben und wohnt praktisch nur noch zur Miete in seinen Golfhotels.

Die Trump Organization allerdings hat jetzt schon Milliarden verdient. Einfach den Vater rechtzeitig fragen, wann er denn wie viel Zoll für was und wen verlangen wird. Dann weiß man, was man an der Börse zu tun hat. Wie es in der Trump-Bible steht, bei Johannes 10, 15: „Mein Vater kennt mich und ich kenne ihn.“